

d·i·e

Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik



German Development
Institute

Umsetzung der Ziele nachhaltiger Entwicklung (SDGs): Schluss mit dem Silodenken!

Von Heiner Janus & Sarah Holzapfel,
*Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik (DIE)*

Die aktuelle Kolumne

vom 01.02.2016

Umsetzung der Ziele nachhaltiger Entwicklung (SDGs): Schluss mit dem Silodenken!

Bonn, 01.02.2016. Seit dem 1. Januar 2016 prägen die Ziele der nachhaltigen Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) der 2030 Agenda die globalen Entwicklungsanstrengungen. 2016 geht es um ihre Umsetzung. Die Schlüsselfrage lautet: wie übersetzen wir die 17 Ziele und 169 Unterziele in Politik? Eine Möglichkeit ist, wie bisher vorzugehen und selektiv zu agieren. Jedes Land könnte sich aus dem Menü der Ziele und Unterziele etwas herauspicken. Eine bessere Option ist, die derzeitige Politik in einen kohärenteren und integrativeren Ansatz zu überführen.

Was meinen wir mit Integration? In der Politik dominiert ein Silo-Denken: sektor- und länderübergreifende Implikationen und Synergien werden unzureichend berücksichtigt, was zu inkohärenten Politiken und negativen sozialen und ökologischen Auswirkungen führt. Zum Beispiel verursachen EU- und US-Agrarsubventionen versteckte Kosten: Sie verringern die Wettbewerbsfähigkeit von Landwirten in Entwicklungsländern. Auch erfolgte der im Zuge der Millenniumsziele (MDGs) erreichte soziale Fortschritt zum Teil zu Lasten der Umwelt. Die SDGs sind eine Chance für Veränderungen, weil sie potenziell integrativ sind. Sie verbinden die Bedürfnisse der Menschen und des Planeten. Jedes Ziel ist mit anderen Zielen der Agenda verknüpft. Zum Beispiel ist SDG2 „Hunger beenden, Ernährungssicherheit und bessere Ernährung erreichen und nachhaltige Landwirtschaft fördern“ mit 62 der 169 Unterziele der 2030 Agenda verbunden. Hunger ist eine Folge von Armut. Es gibt genügend Nahrungsmittel, um die Welt zu ernähren, doch aktuell sind schätzungsweise 795 Millionen Menschen unterernährt. Landwirtschaft ist untrennbar von den SDGs zu Wasser, Energie und Klimawandel. Auf das Konto der Landwirtschaft gehen 70 % des globalen Wasser- und 30 % des Energieverbrauchs und der Treibhausgasemissionen. Letztlich wirkt sich Fortschritt oder Misserfolg bei einem Ziel unweigerlich auf den Fortschritt bei anderen Zielen aus. Ebenso haben Politiken einzelner Regierungen Einfluss auf das Erreichen von SDGs in anderen Ländern wie auch global. Dennoch zögern Akteure auf allen Regierungsebenen noch immer, sich in Richtung stärkerer Integration zu bewegen. Die Gründe liegen in langsamen Bürokratien, Schutz der eigenen Interessen und fehlenden Kapazitäten. Doch Integration ist möglich. In drei Bereichen geht es, trotz Herausforderungen, mit der Integration voran.

Erstens ist eine Integration von thematischen Fragen und Politikbereichen erforderlich. Eine wachsende Zahl von Initiativen ermöglicht einen sektor-übergreifenden

Ansatz. Die Welternährungsorganisation (FAO) zum Beispiel hat das „Water-Energy-Food Nexus“-Konzept entwickelt. Dieses hilft, die Synergien und Auswirkungen zwischen den drei Bereichen besser zu verstehen und zu evaluieren. In Westafrika hat der Nexus-Ansatz auf regionaler Ebene zu einer integrierten Agenda beigetragen. Allerdings sind sektorübergreifende Ansätze noch die Ausnahme. Tatsächlich halten einige Akteure an der alten Trennung zwischen Entwicklung und Umwelt fest. Sie stellen den Anspruch der SDGs Armut zu bekämpfen und Niemanden zurückzulassen über andere Teile der Agenda.

Zweitens ist eine Integration zwischen Governance-Ebenen und Ländern notwendig. Deutschland, die USA und andere reiche Länder gehen mit der Umsetzung der SDGs bereits voran. Sie erkennen an, dass sich unsere Konsum- und Produktionsmuster direkt auf andere Länder auswirken. Die Bundeskanzlerin Angela Merkel hat angekündigt, dass Deutschlands Nachhaltigkeitsstrategie im Lichte der SDGs überarbeitet werden wird. Andere Länder, wie Großbritannien, haben erklärt, die SDGs „zu Hause“ nicht umzusetzen. Dabei haben interne Politiken des Landes, etwa die Finanzmarktregulierung oder die Subventionspolitik, im Ausland eine weit größere Wirkung als seine Entwicklungshilfe. Eine solche Trennung von Entwicklung im In- und im Ausland verlängert die überholte Einteilung in entwickelte und sich entwickelnde Länder.

Drittens ist Integration zwischen den Akteuren der Entwicklungszusammenarbeit notwendig. Forschung über Entwicklungszusammenarbeit in Myanmar und Ruanda deutet darauf hin, dass eine bessere Koordination ihre Wirksamkeit verbessern kann. Doch Entwicklungsländer sehen sich oft einer fragmentierten Landschaft von Partnern gegenüber: Nichtregierungsorganisationen, private Unternehmen und Geber. Alle wollen zur Erreichung nachhaltiger Entwicklung beitragen, aber verfolgen dabei unterschiedliche Ziele und Strategien. Die SDGs schaffen einen globalen Rahmen, der Integration ermöglicht. Die Welt kann sich ein Silo-Denken nicht länger leisten. Integration muss jetzt erreicht werden: durch kohärente nationale Nachhaltigkeitsstrategien, koordiniertes globales Handeln und einen harmonisierten Ansatz der Entwicklungszusammenarbeit. Integration wird sich allerdings nicht von selbst einstellen. Regierungen müssen für die sektorübergreifenden und globalen Auswirkungen ihrer Politiken verantwortlich gemacht werden. Daher sollte Integration ein wesentlicher Teil des neuen SDG-Überprüfungsmechanismus der Vereinten Nationen sein.